

Soziale Sicherung



Die Grünen setzen sich für eine bessere Abstimmung und Vereinfachung sozialer Sicherungssysteme ein. Sie fordern eine transparente und bürger*innenfreundliche Umsetzung von Sozialleistungen sowie eine Modernisierung der Verwaltung, um Menschen einfacher Zugang zu ihren Ansprüchen zu ermöglichen.

Der Mindestlohn soll erhöht werden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgebaut.

In Bezug auf arbeitssuchende Menschen fordern die Grünen eine Existenz- und teilhabesichernde Leistungen. Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu führen, auf dem Weg dorthin sollen sie durch Qualifizierungen und Ausbildungen aber v.a. durch schnelle und nachhaltige Vermittlung unterstützt werden. Eine aktive Mitwirkung wird dabei von Arbeitssuchenden eingefordert. Die Anreize zur Aufnahme von Arbeit sollen verbessert werden und mehr Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.



Die CDU setzt auf private Vorsorgemodelle und eine schrittweise Modernisierung des Sozialversicherungssystems. Die CDU betont die Notwendigkeit eines funktionierenden Zusammenspiels von Bund, Ländern und Kommunen sowie eines soliden Haushalts und eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeld. Sie setzt auf stabile Finanzmärkte und eine effiziente Verwaltung, um die staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. In der Sozialpolitik fordert die CDU eine „Neue Grundsicherung“, die das Prinzip „Fördern und Fordern“ betont. Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sollen Hilfe erhalten, jedoch wird zugleich die Verpflichtung betont, eine Arbeit aufzunehmen, wenn dies möglich ist.



Die Vereinfachung und eine bessere Abstimmung der Sicherungssysteme ist für alle Beteiligten wünschenswert. Was eine „aktive Mitwirkung“ bedeutet und die Haltung ggü. Sanktionen wird im Wahlprogramm nicht dargestellt. Eine Fortführung der Sanktionen in bisheriger Form ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, viel mehr müsste sich mit den Ursachen der „Nicht Mitwirkung“ beschäftigt werden z.B. unverständliche Briefe in Behördensprache etc. und diese beseitigt werden. Qualifizierungsangebote, Arbeitsgelegenheiten etc. müssen in ihrem Konzept dringend überarbeitet werden und zugleich wurden entsprechende Angebote und Bildungsträger in den letzten Jahren die finanziellen Mittel gekürzt sodass hier erst einmal wieder eine sichere Finanzierung hergestellt werden muss.



Das Sozialleistungssystem soll entbürokratisiert und der Zugang erleichtert werden. Das Bürgergeld will das BSW durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung ersetzen. Zudem soll Selbstständigen der Zugang zur Arbeitslosenversicherung ermöglicht werden. Zur Verhinderung von „Missbrauch“ des Bürgergelds sind verstärkte Kontrollen durch die Finanzkontrolle „Schwarzarbeit“ vorgesehen.

Im Bereich der Arbeitslosenunterstützung setzt das BSW auf eine strengere Mitwirkungspflicht: Wer Maßnahmen ohne triftigen Grund ablehnt, soll mit Konsequenzen rechnen müssen.



Der DBSH kritisiert die geplanten Verschärfungen der Mitwirkungspflichten und Sanktionen für Arbeitslose als unverhältnismäßig und menschenunwürdig. Solche Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Würde und Partizipation und ignorieren wissenschaftliche Erkenntnisse, die zeigen, dass Zwang und Sanktionen langfristig kontraproduktiv sind. Statt auf Druck und Strafen zu setzen, braucht es unterstützende Strukturen, die Menschen in prekären Lebenslagen tatsächlich befähigen, nachhaltige Perspektiven zu entwickeln.



Der DBSH erkennt die Bedeutung eines handlungsfähigen Staates und einer klaren Aufgabenteilung zwischen den politischen Ebenen an. Allerdings kritisiert er den restriktiven Ansatz der CDU in der Sozialpolitik, da dieser primär auf Kontrolle und Sanktionen setzt, anstatt nachhaltige soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die soziale Sicherung muss darauf abzielen, Menschen in prekären Lebenslagen wirksam zu unterstützen, statt sie durch Druck zur Arbeitsaufnahme weiter zu belasten. Ein funktionierender Sozialstaat sollte Partizipation und soziale Gerechtigkeit fördern, statt primär auf Leistungspflichten zu fokussieren.



Die Linke plant die Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung ohne Eigenanteile sowie einer einheitlichen Krankenversicherung für alle, einschließlich Selbstständige und Beamt*innen.



Solidarische Sicherungssysteme die soziale Gerechtigkeit stärken befürworten wir. Die Abschaffung von Eigenanteilen in der Pflegeversicherung und die Einführung einer einheitlichen Krankenversicherung fördern den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Bevölkerungsgruppen.

Soziale Sicherung



Die FDP plant die Einführung kapitalgedeckter Elemente in der sozialen Sicherung, insbesondere durch eine gesetzliche Aktienrente. Zudem strebt sie einen flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild an, bei dem der Ruhestand individuell gestaltet werden kann. Die FDP möchte eine Reform des Bürgergeldes mit dem Ziel, die Eigeninitiative der Leistungsbeziehenden zu stärken. Dies beinhaltet eine Betonung von Aktivierungsmaßnahmen und die Wiedereinführung strengerer Sanktionen bei fehlender Mitwirkung. Zudem erwägt die FDP die Einführung einer negativen Einkommensteuer, um den Sozialstaat zu vereinfachen und Erwerbsanreize zu erhöhen. Ein weiteres Anliegen ist die Implementierung von Maßnahmen gegen "Missbrauch im Sozialstaat", einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen.



Mini-Jobs sollen langfristig reduziert werden, da sie das Risiko für Altersarmut erhöhen. Ziel ist es, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen und Missbrauch zu verhindern, während für bestimmte Gruppen wie Rentner*innen Übergangsregelungen geschaffen werden.

Auf globaler Ebene betont die SPD die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit. Sie fordert eine nachhaltige Agrarpolitik zur Sicherung langfristiger Ernährungssysteme und betrachtet soziale Sicherungssysteme als essenzielle Investition, um Gesellschaften widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen.

Die SPD setzt sich für eine Stärkung der gesetzlichen Rente und eine Verbesserung sozialer Absicherung ein. Sie fordert eine stabilere Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.

Das Elterngeld soll reformiert werden, indem beide Elternteile je sechs nicht übertragbare Monate erhalten, mit zusätzlichen sechs Monaten, die flexibel aufgeteilt werden können, um partnerschaftliche Erziehungsmodelle zu fördern. Am Konzept des Bürgergeldes hält die SPD grundsätzlich fest.



Kapitalgedeckte Ansätze können langfristig zur Stabilität der sozialen Sicherungssysteme beitragen. Allerdings besteht die dringende Notwendigkeit, kurzfristige Maßnahmen für Menschen in prekären Lebenslagen zu ergreifen, um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sicherzustellen, was die FDP außer Acht lässt.

Zur Haltung des DBSH zu Verschärfungen beim Bürgergeld, siehe CDU Einordnung. Die Idee einer negativen Einkommensteuer könnte zwar bürokratische Hürden abbauen, greift jedoch zu kurz, da sie die komplexen Lebenslagen der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt.



Die Absicherung von Mini-Jobbern ist ein positiver Schritt, da prekäre Beschäftigung langfristig zu sozialer Unsicherheit führt. Allerdings bleibt offen, wie diese Übergänge konkret gestaltet werden sollen, insbesondere für Personen, die auf flexible Beschäftigungsmodelle angewiesen sind.

Die globale Perspektive der SPD ist begrüßenswert, insbesondere die Anerkennung sozialer Sicherungssysteme als Kriseninstrument. Dies deckt sich mit den Werten der Sozialen Arbeit, die nachhaltige Lösungen für soziale Ungleichheiten fordern. Entscheidend wird sein, inwiefern die SPD diese Prinzipien auch in ihrer Innenpolitik mit verbindlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung umsetzt.